

Großer, Günter

Article — Digitized Version

Konjunkturpolitik ohne Patentrezept

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Großer, Günter (1977) : Konjunkturpolitik ohne Patentrezept, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 6, pp. 272-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135076>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

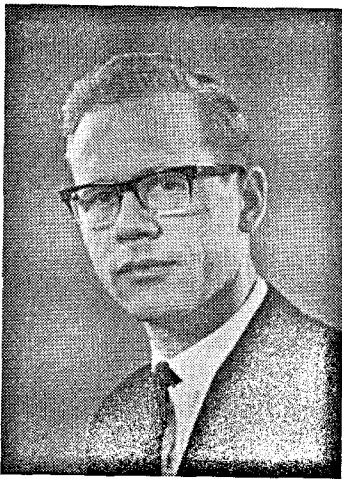
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Günter Großer

Konjunkturpolitik ohne Patentrezept

In nahezu allen Industrieländern ist die Beschäftigungslage nach wie vor besorgniserregend. Zugleich werden kaum Fortschritte bei der Eindämmung der immer noch starken Inflation erzielt, und eine ganze Reihe von Ländern hat weiterhin mit großen Zahlungsbilanzungleichgewichten zu kämpfen. Die Aussichten für eine durchgreifende Besserung der Arbeitsmarktlage in naher Zukunft sind unter diesen Umständen im allgemeinen gering. Es ist verständlich, daß die darin dokumentierte Ohnmacht von nationalen Regierungen und Zentralbanken das Drängen nach gemeinsamer Aktion der Industrieländer verstärkt. Wirtschaftliche Gipfelkonferenzen wie jüngst in London sind nur der sichtbarste Ausdruck dieser Bestrebungen. Soweit daraus ein gesteigertes

Bewußtsein der wechselseitigen Abhängigkeit und ein Verzicht auf handelspolitischen Protektionismus resultieren, ist der Nutzen ganz eindeutig. Soweit es jedoch um eine Abstimmung der Konjunkturpolitik in den Industrieländern geht, werden erhebliche Probleme aufgeworfen.

Die erste weltweite Nachkriegsrezession 1974/75 war nicht zuletzt deshalb so ausgeprägt, weil – durch die Ölpreisexposition synchronisiert – beschleunigte Inflation und vielfach hohe Leistungsbilanzdefizite eine weitgehend parallele Restriktionspolitik in den Industrieländern zur Folge hatten. Sicherlich kann gerade diese Erfahrung zu der Schlußfolgerung anregen, daß auch nur eine synchrone Politik der Nachfrageankurbelung in der Lage wäre, den Produktions- und Beschäftigungseinbruch wieder zu überwinden. Bei der Übertragung eines derartigen stop-and-go-Rezepts von der nationalen auf die internationale Ebene werden jedoch seine Mängel noch potenziert.

Sie werden vor allem durch die Beobachtung gekennzeichnet, daß in der Nachkriegszeit die angestrebte Verstetigung des Konjunkturverlaufs mit Hilfe kurzfristiger, sich abwechselnder wirtschaftspolitischer Brems- und Anregungsmaßnahmen ein Traumziel blieb und sich in den meisten Industrieländern eine Folge von Unter- und Übersteuerung als unvermeidlich erwies. Dann aber wirkten Phasenabweichungen von Land zu Land, wie etwa die sog. Konjunkturschaukel zwischen den wichtigsten westeuropäischen Volkswirtschaften in den sechziger Jahren, als willkommene Bremse gegen Übersteigerungen in beiden Richtungen. Sie wird bei einer internationalen Parallelschaltung von Konjunkturpolitik und -verlauf außer Kraft gesetzt, d. h. die Konjunkturschwankungen verschärfen sich. Um dies zu vermeiden, müßte keine synchrone, sondern eine phasenverschobene Entwicklung in den

Industrieländern angesteuert werden. Es ist offensichtlich, daß sich damit neue schwierige Koordinationsprobleme ergeben.

Eine Lösung wird zusätzlich dadurch erschwert, daß der mangelnde Erfolg bei der Überwindung von Inflation und Arbeitslosigkeit wachsende Zweifel an der Wirksamkeit der gewohnten Instrumente geweckt hat. Als Folge davon geriet die kurzfristig orientierte keynesianische Nachfragesteuerung immer weiter in den Schatten mittelfristig angelegter neoklassischer Verstetigungsstrategien. Dieser Prozeß aber ist in den einzelnen Industrieländern verschieden weit fortgeschritten, und er verläuft auch nicht immer geradlinig, wie die Entwicklung in den USA zeigt. Deshalb scheinen in der internationalen Diskussion zuweilen geradezu unterschiedliche Wirtschaftstheorien aufeinanderzutreffen. Besonders ins Auge fällt dabei die Bewertung der Inflation, die von den einen als in Kauf zu nehmende Begleiterscheinung und von den anderen als größtes Hindernis für eine höhere Beschäftigung betrachtet wird.

Diese Divergenzen sind durch das Stabilitätsbekenntnis am Schluß der Londoner Gipfelkonferenz sicherlich nicht ausgeräumt, zumal die „neue“ Politik keine Hoffnung auf kurzfristigen Erfolg machen kann. Vor allem aber ist in verschiedenen Industrieländern durchaus offen, wieweit die dabei geforderte, gewissermaßen technokratische Ausrichtung der Verteilungspolitik an der Notwendigkeit der Förderung privater Investitionen die herrschenden Vorstellungen von Verteilungsgerechtigkeit überfordert. Kommt es darüber zu einem fundamentalen Konflikt, dann ist auch eine fortschreitende Aufgabe des marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzips zu befürchten. Damit wird vollends deutlich, auf wie schwankendem Boden Bemühungen zur internationalen Abstimmung der Konjunkturpolitik stehen.